

Dr. iur. Marcin Krzymuski

Der Rechtsrahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf europäischer und zwischenstaatlicher Ebene

Berlin, den 13.9.2013

GANG DES VORTRAGES

I. Völkerrechtliche Verträge

1. Europarat-Abkommen

a. Europäische Charta der kommunalen
Selbstverwaltung

b. Madrider Rahmenübereinkommen

2. Sonstige völkerrechtliche Verträge (bi- und multilateral)

II. Unionsrecht

1. EVIW-VO

2. EVTZ-VO

III. Andere Formen der grenzüberschreitenden Kooperation von
öffentlichen Einrichtungen

IV. Fazit



I.1. Europarat-Abkommen

Europäische Charta der
kommunalen
Selbstverwaltung vom
15.10.1985

Madriдер
Rahmenabkommen vom
21.5.1980

I.1.a. Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung

Von 47 Mitgliedstaaten des Europarats unterzeichnet.

Anerkennung des Grundsatzes der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 2).

Vereinigungsrecht der kommunalen Gebietskörperschaften (Art. 10 Abs. 1); erfasst auch das Recht, mit Gebietskörperschaften anderer Staaten zusammenzuarbeiten (Art. 10 Abs. 3).

Art. 10 Abs. 3 außerhalb des Kerns der Charta (geringe Relevanz).

Keinerlei Formen der interkommunalen Kooperation vorgesehen.

I.1. Europarat-Abkommen

Europäische Charta der
kommunalen
Selbstverwaltung vom
15.10.1985

Madriдер
Rahmenabkommen vom
21.5.1980

I.1.b. Madrider Rahmenabkommen von 1980

Europäisches
Rahmenübereinkommen
über die
grenzüberschreitende
Zusammenarbeit zwischen
Gebietskörperschaften vom
21.5.1980

Protokolle:
Zusatzprotokoll vom 9.11.1995
(Strasbourg)
Protokoll Nr. 2 vom 5.5.1998
(Strasbourg)
Protokoll Nr. 3 vom 16.11.2009
(Utrecht)

I.1.b. Rahmenübereinkommen von 1980

Von meisten Mitgliedern des Europarats (40) unterzeichnet.

Verpflichtung für Vertragsparteien zur Förderung und Erleichterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen eigenen und „fremden“ Gebietskörperschaften (Art. 1).

Gebietskörperschaften = Körperschaften, Behörden oder Organe, die örtliche und regionale Aufgaben wahrnehmen und die nach dem innerstaatlichen Recht jedes Staates als solche betrachtet werden (Art. 2 Abs. 2).

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit = jede Abstimmung mit dem Ziel der Stärkung und Weiterentwicklung der **nachbarschaftlichen** Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften von zwei oder mehr Vertragsparteien sowie der Abschluss der dazu erforderlichen Vereinbarungen (Art. 2 Abs. 1).

I.1.b. Rahmenübereinkommen von 1980

Aber!

1. Nur **nachbarschaftliche** Beziehungen (angrenzende Gebietskörperschaften).
2. Vorrang des **innerstaatlichen** Rechts (Kooperation von Gebietskörperschaften nur nach Maßgabe der innerstaatlich festgelegten Zuständigkeiten).
3. Vorrang von **zwischenstaatlichen** Vereinbarungen (soweit vorbehalten).
4. Nur **Förderung** von Vorhaben der Gebietskörperschaften (Recht auf den direkten Abschluss von Vereinbarungen durch die Gebietskörperschaften fraglich).



I.1.b. Rahmenübereinkommen von 1980

Muster und Grundrisse von Vereinbarungen, Verträgen, Satzungen usw.



I.1.b. Zusatzprotokoll (1995)

Von 27 Vertragsparteien angenommen.

Anerkennung des Rechts der Gebietskörperschaften auf den Abschluss von grenzüberschreitenden Vereinbarungen (Art. 1 Abs. 1).

Recht auf Errichtung von Einrichtungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit (Art. 3).

Wahrnehmung von den durch die Gebietskörperschaft übertragenen Aufgaben (Art. 4 Abs. 2) durch die Einrichtungen.

I.1.b. Protokoll Nr. 2 (1998)

Von 27 Vertragsparteien angenommen.

Ausdehnung des Rahmenübereinkommens und der Zusatzprotokolls auf die interterritoriale Kooperation (entsprechende Anwendung - *mutatis mutandis*).

I.1.b. Protokoll Nr. 3 (2009)

Am 1.3.2013 in Kraft getreten (D, CH, SLO, UA) und ab am 1.5.2013 (F).

Anhang zum 3. Protokoll am 10.7. vom Ministerkomitee angenommen (Muster für Vereinbarungen).

Errichtung von Verbänden für Euroregionale Zusammenarbeit (VEZ).

Steht für Vertragsparteien des Madrider Rahmenübereinkommens offen (nach dem Beitritt zum 3. Protokoll).

Auch für Nicht-Vertragsparteien des 3. Protokolls zugänglich (völkerrechtlicher Vertrag notwendig!), soweit die Gebietskörperschaften angrenzen.

I.1.b. Protokoll Nr. 3 (2009)

Verbund für Euroregionale Zusammenarbeit (VEZ):

- ✓ **Ziel:** Förderung, Unterstützung und Entwicklung der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit, die dem Wohl der Bevölkerung dient;
- ✓ **Rechtspersönlichkeit:** öffentlich- oder privatrechtliche (nach dem Recht des Sitzstaates);
- ✓ **Mitglieder:** Gebietskörperschaften jeder Vertragspartei (juristische Personen, die ausdrücklich zur Befriedigung von im öffentlichen Interesse liegenden Bedürfnissen errichtet wurden und keinen industriellen oder gewerblichen Charakter haben);
- ✓ **Aufgaben:** aus den gemeinsamen Zuständigkeitsbereichen, keine Rechtssetzungsbefugnisse, keine Abgabehoheit, keine übertragenen Aufgaben
- ✓ **Errichtung:** schriftliche Vereinbarung und Satzung
- ✓ **Haftung:** VEZ haftet selbständig, VEZ mbH zulässig
- ✓ **Aufsicht:** wie andere Gebietskörperschaften im Sitzstaat

I.2. Sonstige völkerrechtliche Verträge in Europa

BILATERAL

Österreich Italien 1993

Schweiz Italien 1993

Frankreich Italien 1993

Spanien Portugal 2002

Deutschland Polen 1991



I.2. Sonstige völkerrechtliche Verträge in Europa

MULTILATERAL

Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden 1979

Belgien, Niederlanden, Luxemburg 1986

Deutschland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Niederlande 1991

Spanien Frankreich + Andorra 1995

Frankreich, Luxemburg, Deutschland, Schweiz 1996

Frankreich, Belgien, Wallonien, Flandern, Französische Gemeinschaft Belgiens 2002

I.2.a. Anholter Abkommen v. 23.5.1991

Deutschland, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Niederlande

Zweckverband

- Für die gemeinsame Erfüllung von Aufgaben
- Rechtspersönlichkeit (ÖR)
- (Verbands)Satzung

**öffentlich-rechtliche
Vereinbarung**

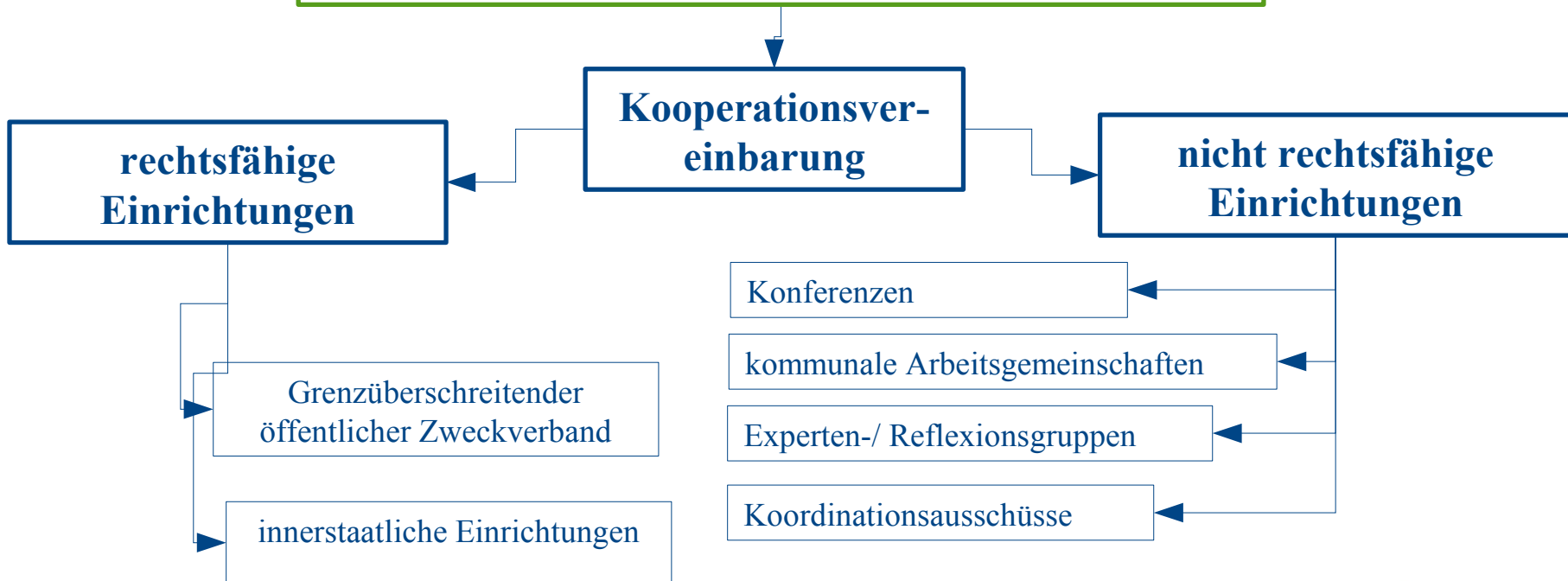
- Beauftragung mit der Aufgabenerfüllung „im Auftrag“ und „weisungsgebunden“
- keine Rechtspersönlichkeit
- schriftliche Vereinbarung

**Kommunale
Arbeitsgemeinschaft**

- Koordinierungs- und Konsultationsgremium
- Keine Rechtspersönlichkeit
- schriftliche Vereinbarung

I.2.b. Karlsruher Abkommen v. 23.1.1996

Frankreich, Luxemburg, Deutschland, Schweiz



II. Recht der Europäischen Union

1. EWIV

2. EVTZ



II. Recht der Europäischen Union

1. EWIV

- ✓ **Ziel:** wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Mitgliedern zu erleichtern oder zu entwickeln;
- ✓ **Rechtspersönlichkeit:** keine;
- ✓ **Mitglieder:** juristische (des Privatrechts und des öffentlichen Rechts) sowie natürliche Personen;
- ✓ **Errichtung:** schriftlicher Vertrag
- ✓ **Aufgaben:** Koordinierung von Maßnahmen mit dem wirtschaftlichen Charakter
- ✓ **Haftung:** volle Haftung der Mitglieder (mangels Rechtspersönlichkeit)
- ✓ **Aufsicht:** jedes Mitglied wird nach den für es maßgeblichen Regeln beaufsichtigt



II. Recht der Europäischen Union

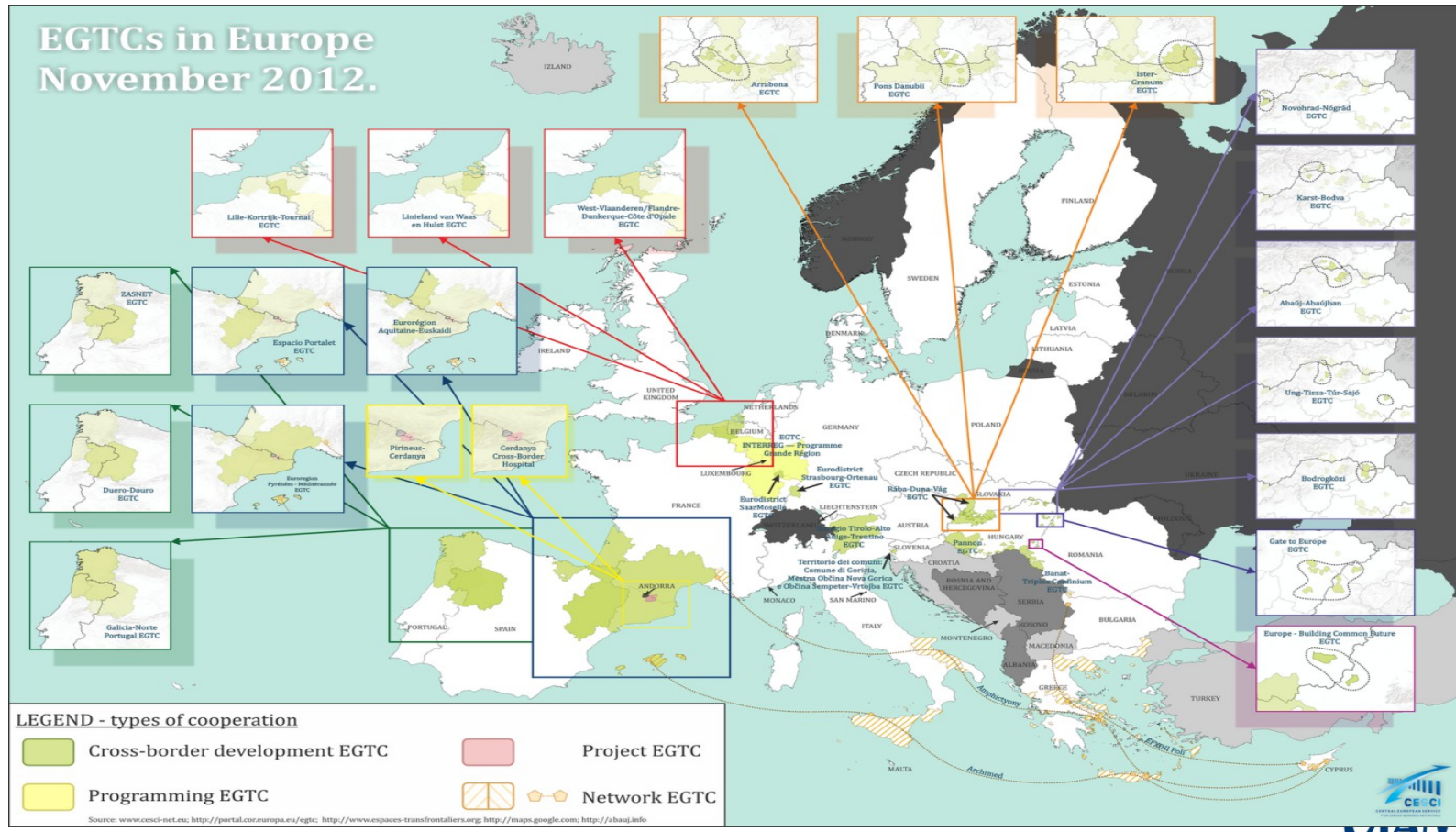
1. EWIV

2. EVTZ

- a. EVTZ in Europa
- b. Was ist (nicht) ein EVTZ?
- c. Rechtsrahmen
- d. Möglichkeiten der Einsetzung
- e. Erleichterungen, die der EVTZ anbietet



II.2.a. EVTZs in Europa





II.2.b. Was ist (nicht) der EVTZ?

EVTZ ist

juristische Person des Unionsrechts berufen zur Vereinfachung der grenzüberschreitenden Kooperation von öffentlichen Einrichtungen aus EU-Mitgliedsstaaten und Drittländern.

EVTZ ist kein:

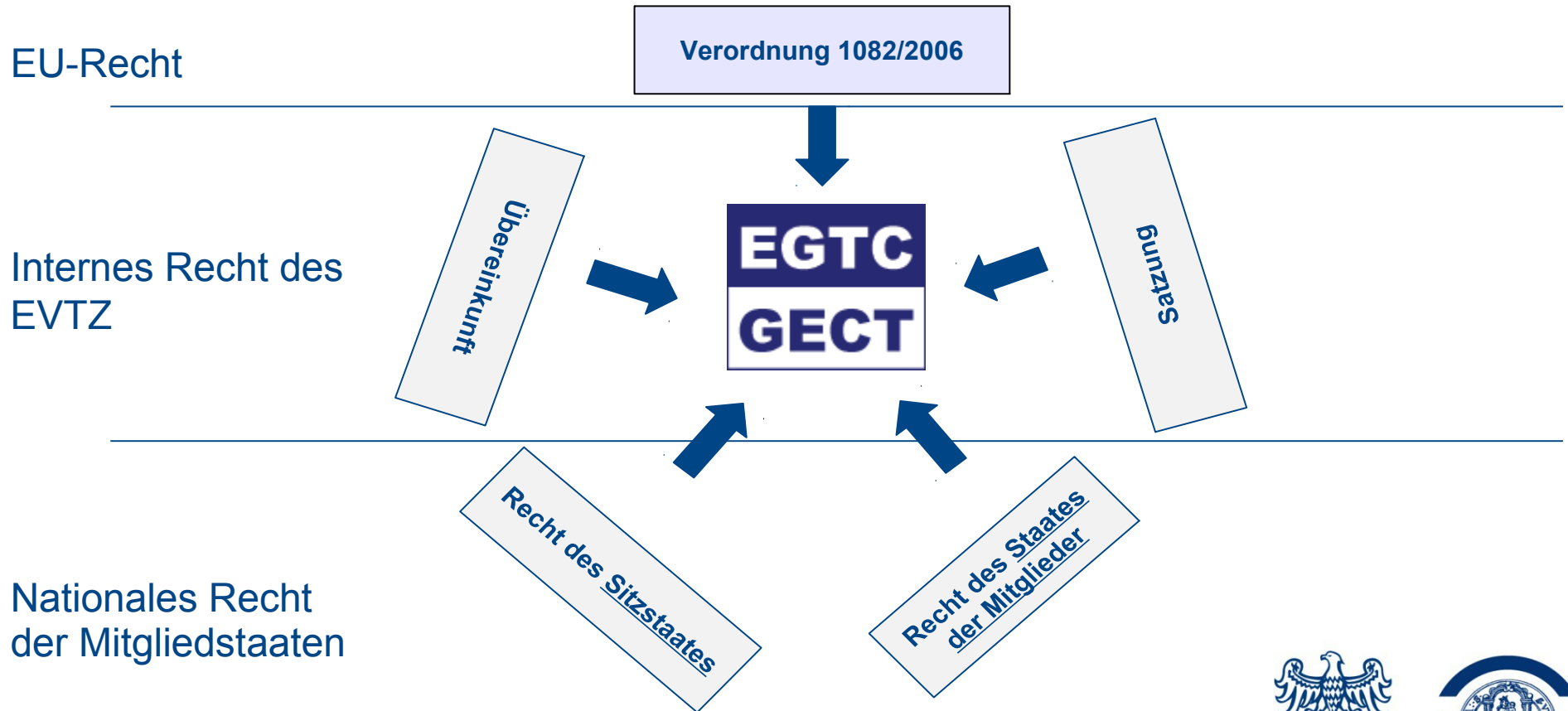
Verein (wobei nach polnischem Recht die Vorschriften des Vereinsrechts entsprechend anzuwenden sind);

nur politisches Gremium (er ist von Mitgliedern unabhängig und besitzt eigene Rechtspersönlichkeit; nimmt konkrete Aufgaben wahr);

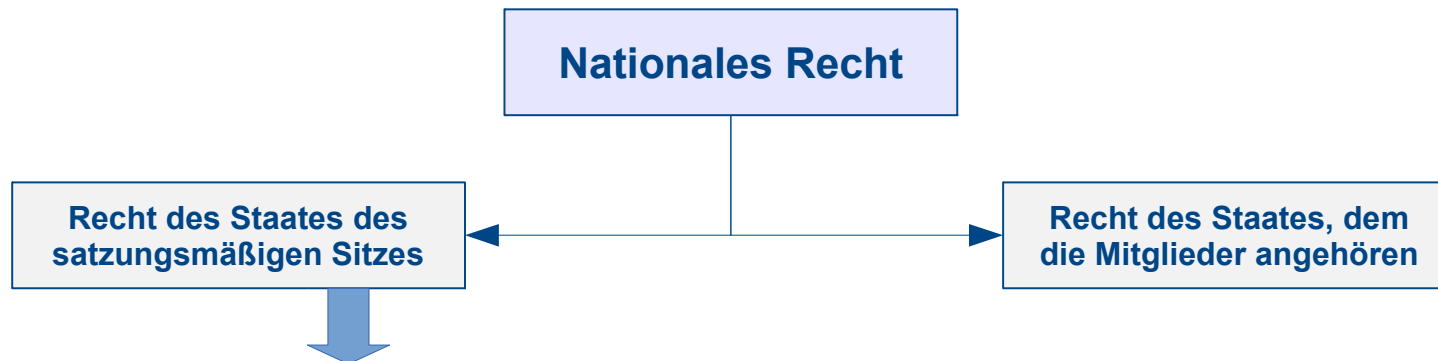
Konsortium (obwohl er aus vielen voneinander unabhängigen Mitgliedern besteht, die gleiches Ziel anstreben);

Zweckverband (obgleich sein Rechtscharakter dieser Struktur am weitesten entspricht.).

II.2.c. Rechtsrahmen



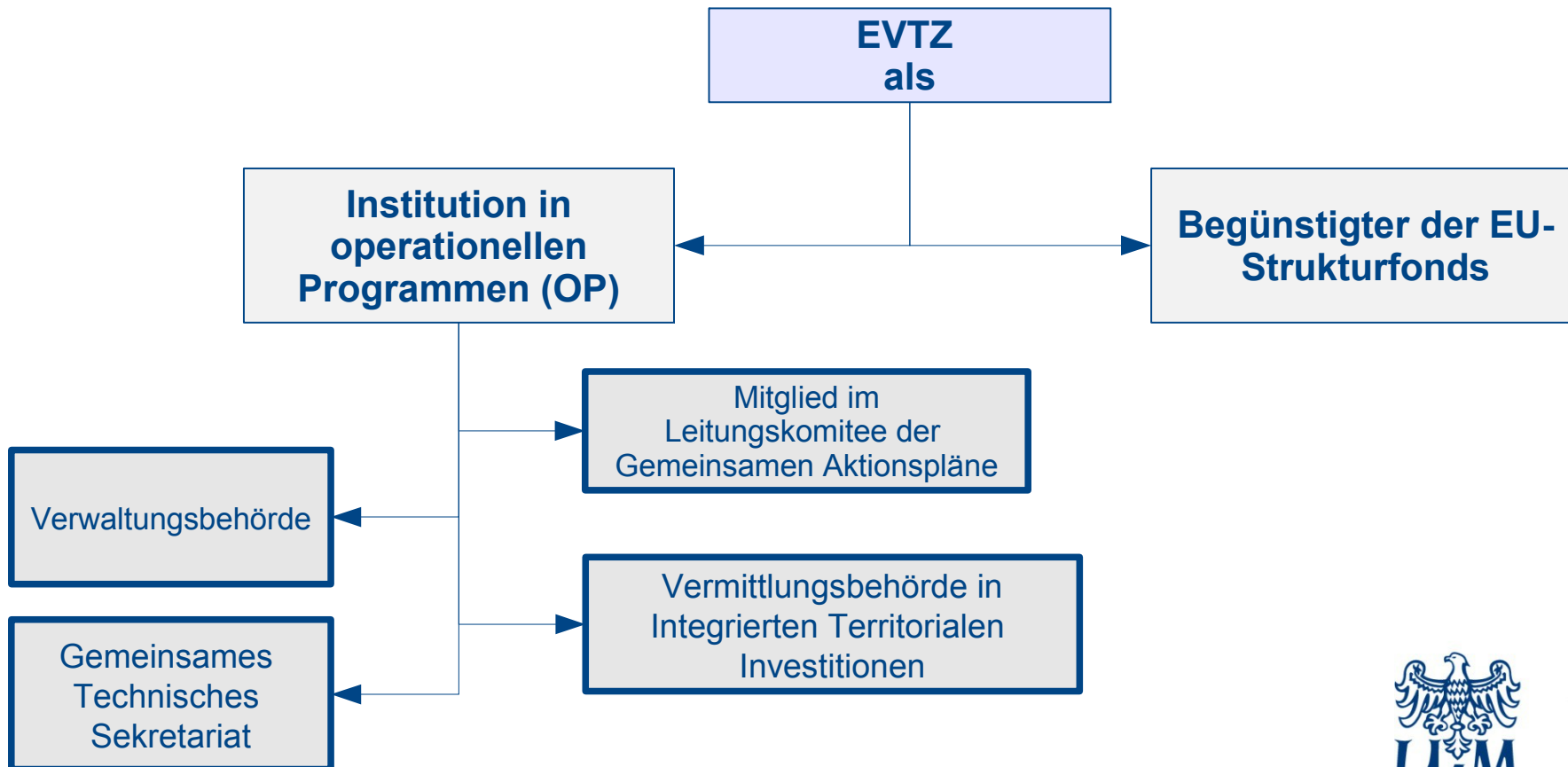
II.2.c. Rechtsrahmen



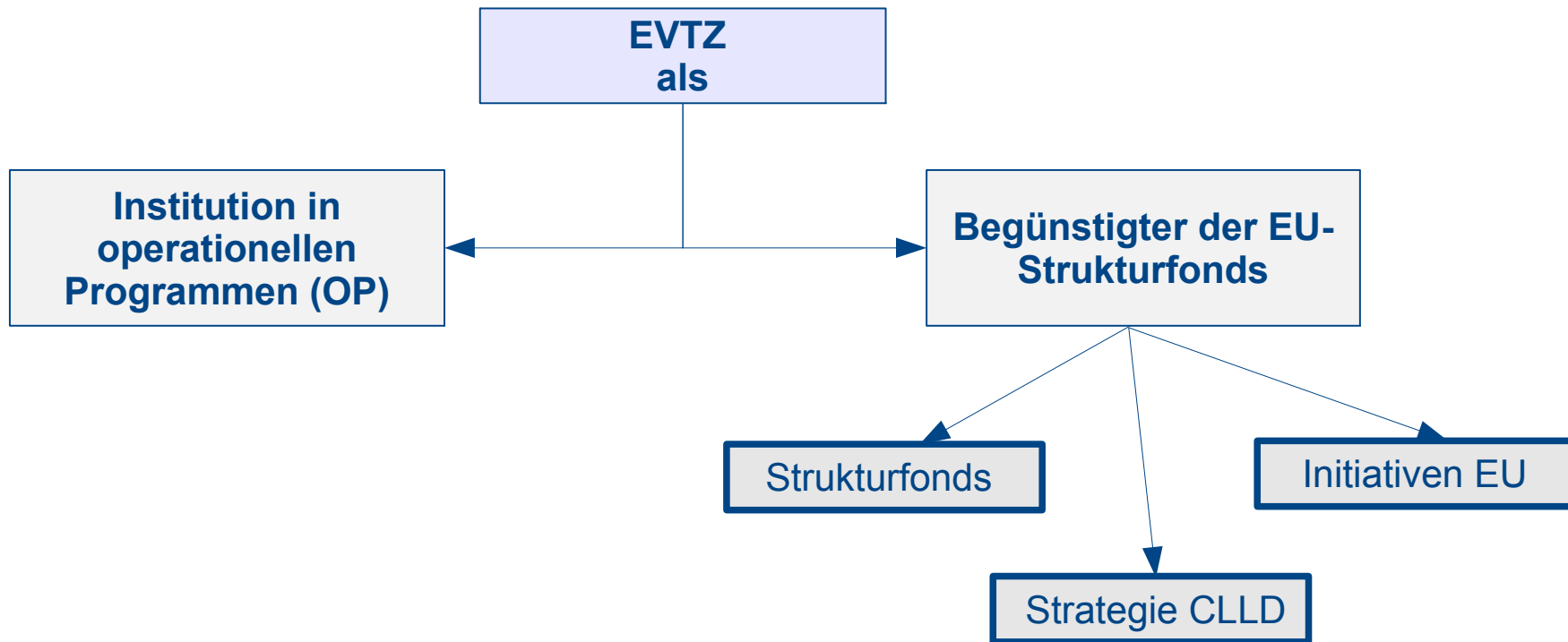
Der Sitz ist für folgende Fragestellungen entscheidend:

- ✓ das in Bezug auf von der EVTZ-Verordnung nicht oder nur zum Teil erfasste Bereiche anwendbare Recht (Art. 2 Abs. 1 S. 1 lit. c EVTZ-VO),
- ✓ Anwendung von den Regeln des internationalen Privatrechts (Art. 2 Abs. 1 S. 2 EVTZ-VO),
- ✓ die Regeln der Registrierung oder der Veröffentlichung des Statuts (Art. 5 Abs. 1 EVTZ-VO),
- ✓ die Kontrolle der Verwaltung von öffentlichen Finanzmitteln (Art. 6 Abs. 1 EVTZ-VO),
- ✓ das für Auslegung und Durchsetzung der Übereinkunft anwendbare Recht (Art. 8 Abs. 2 lit. e EVTZ-VO),
- ✓ die Erstellung des Abschlusses, einschließlich des dazugehörigen Jahresberichts, sowie die Prüfung und die Offenlegung dieses Abschlusses (Art. 11 Abs. 2 EVTZ-VO),
- ✓ das Verfahren über die Liquidation, die Zahlungsunfähigkeit, die Zahlungseinstellung und vergleichbare Verfahren (Art. 12 Abs. 1 EVTZ-VO),
- ✓ zuständige Behörde für die Auflösung des EVTZ (Art. 14 Abs. 1 EVTZ-VO),
- ✓ die Zuständigkeit für die Beilegung von Streitigkeiten, an denen der EVTZ beteiligt ist (Art. 15 Abs. 2 EVTZ-VO).

II.2.d. Möglichkeiten der Einsetzung des EVTZ



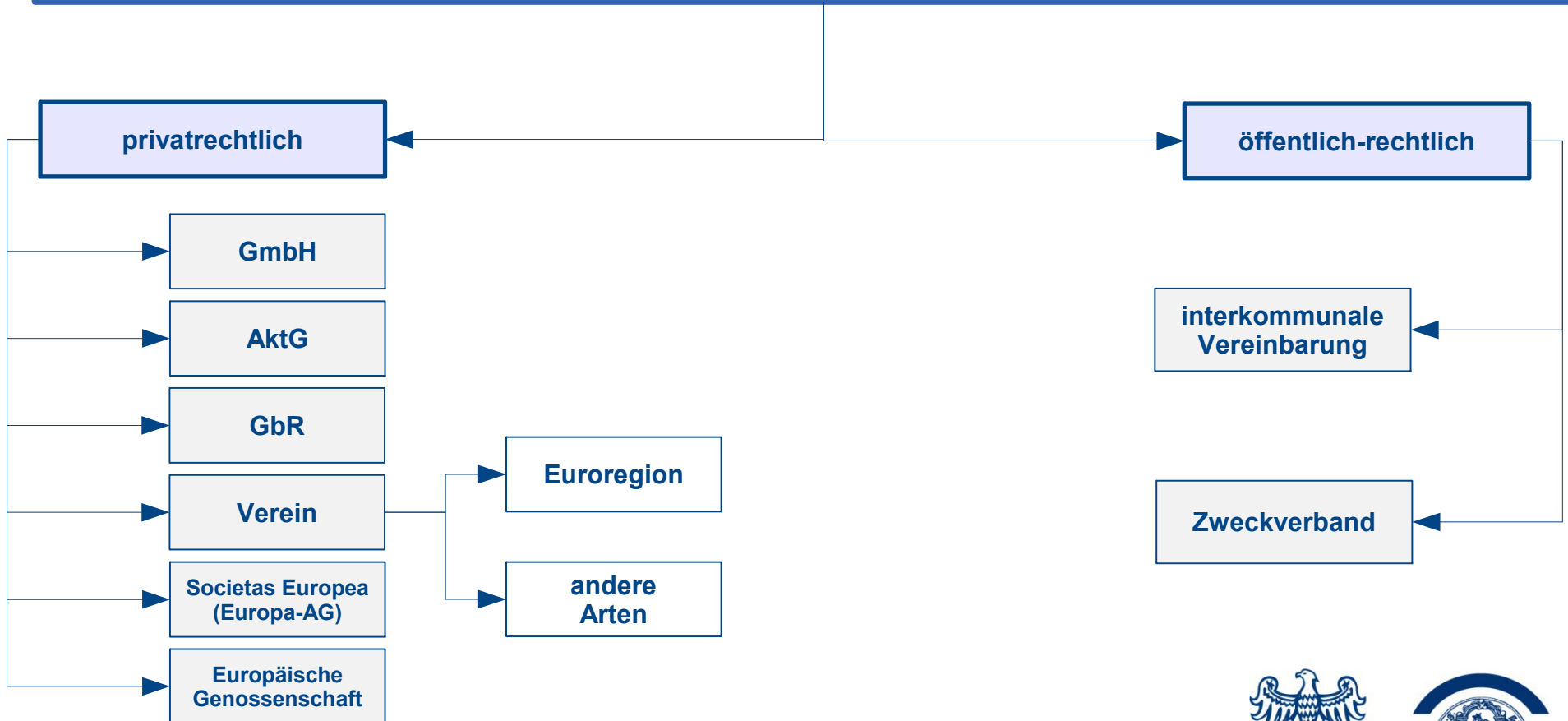
II.2.d. Möglichkeiten der Einsetzung des EVTZ



II.2.e. Erleichterungen

1. Lösung gedacht ausschließlich für öffentlich-rechtliche Einrichtungen
2. Flexible Struktur
3. Breites Spektrum von übertragungsfähigen Aufgaben
4. Unterschiedliche Finanzierungsmodelle
5. Beschränkte Aufsicht über EVTZ
6. Unabhängigkeit des EVTZ
7. Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf die Haftung von Mitgliedern
8. Vereinfachtes Vergabeverfahren für grenzüberschreitende Ausschreibungen

III. Andere Formen der grenzüberschreitenden Kooperation



IV. Fazit

- ✓ Zahlreiche Formen der grenzüberschreitenden und regionalen Zusammenarbeit in Europa
 - ✓ Rechtsfähige sowie nicht rechtsfähige Kooperationsformen
 - ✓ Öffentlich-rechtliche wie auch privatrechtliche Kooperationsmöglichkeiten
 - ✓ Konkurrenz von EVTZ und VEZ
- ✓ Einschränkung durch innerstaatliches Recht (kein volles Recht auf die grenzüberschreitende Kooperation)
- ✓ große Entwicklungspotentiale für die bestehenden Formen

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!



UNIWERSYTET
IM. ADAMA MICKIEWICZA
W POZNANIU

Collegium Polonicum w Słubicach
Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu
ul. T. Kościuszki 1, 69-100 Słubice
tel.: +48 95 7592 401, fax: +48 95 7592 455



EUROPA-UNIVERSITÄT
VIADRINA
FRANKFURT (ODER)

Collegium Polonicum Słubice
Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder),
Große Scharrnstraße 59, 15230 Frankfurt (Oder),
Tel.: +49 335 5534 16401, Fax: +49 335 5534 16455